

12-Stunden-Schichten nur als letztes Mittel

Anfang November hat das Robert Koch-Institut erstmals mehr als 20 000 neue Corona-Fälle gemeldet. Pro Tag. Und alle Experten gehen davon aus, dass die Zahl der Infizierten bis zum Jahresende noch weiter steigen wird. Auch, weil die Akzeptanz der Corona-Maßnahmen in Teilen der Bevölkerung zu bröckeln beginnt. Die nächsten Wochen und Monate werden deshalb nicht nur für die Pflegekräfte und Ärzte, sondern auch für die Polizistinnen und Polizisten zu einer Herausforderung. Die Polizei muss dafür sorgen, dass es trotz der massiven Einschränkungen, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie notwendig sind, nicht zu ähnlichen Ausschreitungen kommt, wie es sie bereits in anderen Ländern gegeben hat. Und sie muss die eigenen Beschäftigten davor schützen, selber an dem neuen Virus zu erkranken.

Noch ist in NRW die Akzeptanz der von der Bundes- und der Landesregierung angeordneten Corona-Maßnahmen groß. Wie schnell die Stimmung trotzdem kippen kann, zeigen die massiven Angriffe auf Journalisten und Polizeibeamte während einer „Querdenken“-Demonstration am 7. November in Leipzig. Auch 300 Polizisten aus NRW waren dort im Einsatz. Zwei von ihnen wurden durch Steinwürfe von Corona-Leugnern verletzt.

Ob auch in NRW mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zu rechnen ist, lässt sich nur schwer voraussagen. Allerdings gehen auch bei uns die Teilnehmerzahlen bei Corona-Demonstrationen nach oben. Tragen die Teilnehmer als Zeichen des Protests keinen Mund-Nasen-Schutz, steht die Polizei sofort vor einem massiven Problem.

Mit der Dauer des Teil-Lockdowns steigt das Gewaltisiko

Wenn der Lockdown verlängert wird, könnte es auch in anderen Bereichen zu gewalttätigen

Auseinandersetzungen kommen. In den Innenstädten und Geschäften, und vor allem in den Familien. „Dann werden wir wohl keine friedlichen Weihnachten erleben“, sagte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens Mitte November gegenüber der Rheinischen Post (RP). Um diese Entwicklung zu verhindern, sieht die GdP vor allem die Politik in der Pflicht. Sie muss den Menschen überzeugend erklären, warum die Maßnahmen unverzichtbar sind. Und wie die Corona-Pandemie am Ende überwunden werden kann.

Sommer nicht für Test-Strategie genutzt

Diese Chance hat die Politik im Sommer nicht genutzt. Auch in Bezug auf die Polizei nicht. Dass die Corona-Zahlen im Herbst wieder nach oben gehen werden und dass dann auch mehr Polizisten am Corona-Virus erkranken werden, stand damals bereits fest. Anfang November lag die Zahl der Polizistinnen und Polizisten, die in NRW wegen eines Corona-Verdachts in



Quarantäne gehen mussten, bereits bei 700. Knapp 200 von ihnen haben sich infiziert. Trotzdem hatte es das Düsseldorfer Innenministerium versäumt, bis zum Beginn des erneuten Lockdowns eine eigene Teststrategie für die Beschäftigten bei der Polizei zu entwickeln. In einem Gespräch mit der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) forderte Michael Mertens deshalb bereits Anfang November, dass diese Lücke umgehend geschlossen wird. „Wir brauchen landesweit einheitliche Standards für den Wach- und Wechseldienst und für die Übernachtung in Gemeinschaftsunterkünften“, betonte er. „Und es muss feste Teams geben, damit im Infektionsfall nicht ganze Gruppen aus dem Dienst genommen werden müssen.“ Außerdem fordert die GdP, dass Polizisten schnell und problemlos getestet werden.

12-Stunden-Schichten sind enorme Strapazen

Die Einführung von 12-Stunden-Schichten, wie sie in vielen Polizeibehörden während des ersten Lockdowns im Frühjahr gegeben hat, lehnt die GdP dagegen ab. „Angesichts des Konfliktpotenzials, mit dem es die Polizisten jeden Tag zu tun haben, sind 12-Stunden-Schichten eine enorme Strapaze“, betonte Mertens gegenüber der WAZ. „Sie dürfen deshalb nur das letzte Mittel sein, wenn andere organisatorische Maßnahmen nicht mehr reichen.“

Ob sie notwendig werden, hängt auch von der Arbeitsbelastung der Polizei in den kommenden Monaten ab. Dass die Polizei auf öffentlichen Straßen und Plätzen mehr Präsenz zeigen muss, steht für die GdP aber fest. ■



Mit dem ständigen Herumnörgeln an der Polizei muss endlich Schluss sein!



Bislang ist Deutschland gut durch die Corona-Krise gekommen. Trotz hoher Infektionszahlen. Auch in NRW. Dass das so ist, hat viel mit der Solidarität der Menschen zu tun. Mit der Bereitschaft, ein Stück weit auf die eigene Freiheit zu verzichten, um das Leben der anderen zu schützen. Aber je länger der Lockdown dauert, umso schwieriger wird es, dass sich alle an die Regeln halten. Auf die Polizei kommen deshalb schwierige Einsätze zu. Denn wir müssen mit dafür sorgen, dass die Corona-Auflagen eingehalten werden. Auch dann, wenn es weh tut.

Wir werden das mit dem notwendigen Augenmaß machen. Aber auch mit der dazu gehörenden Konsequenz. Auch dann, wenn das womöglich in der Öffentlichkeit zu unschönen Bildern führen wird, weil wir die Corona-Leugner in die Schranken verweisen müssen.

Um diesen Spagat zu meistern, brauchen wir nicht nur den Rückhalt der Menschen, sondern auch der Politik. Und kein ständiges Nörgeln an der angeblich immer falschen Einsatzstrategie der Polizei, wie wir das zuletzt nach Leipzig wieder erlebt haben. Damit muss endlich Schluss sein!

Michael Mertens
Landesvorsitzender

Klarstellung des Innenministers ist überfällig

Das mediale Echo war gewaltig, als Innenminister Herbert Reul (CDU) am 16. September auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz darüber berichtet hat, dass es im Polizeipräsidium Essen eine „rechtsradikale Chatgruppe“ geben würde. Inzwischen steht fest: Ein Teil der Beamtinnen und Beamten, die vom Innenminister öffentlich verdächtigt worden sind, in einer Chatgruppe Bilder und Parolen von Rechtsextremisten verbreitet zu haben, ist unschuldig. Sie haben die dort verschickten rechtsextremistischen Bilder zum Teil nicht einmal gesehen. Bei neun der beschuldigten Beamten musste Reul deshalb bis Mitte November die gegen sie verhängte Suspendierung wieder aufheben. Bei weiteren Beschuldigten steht dieser Schritt unmittelbar bevor.

Auch der Vorwurf, dass es im Polizeipräsidium eine „rechtsextreme Chatgruppe“ gegeben habe, hat sich bei einem genauen Blick auf die Fakten als falsch erwiesen. Bei einem Großteil der beschuldigten Beamten gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass sie rechtsextremen Positionen nahestehen oder sie in irgendeiner Form begrüßt haben. Was allerdings bleibt, ist die Tatsache, dass es in Essen mehrere private Chatgruppen von Polizisten gegeben

hat, in denen Bilder mit ausländerfeindlichem, rassistischem Inhalt verbreitet worden sind.

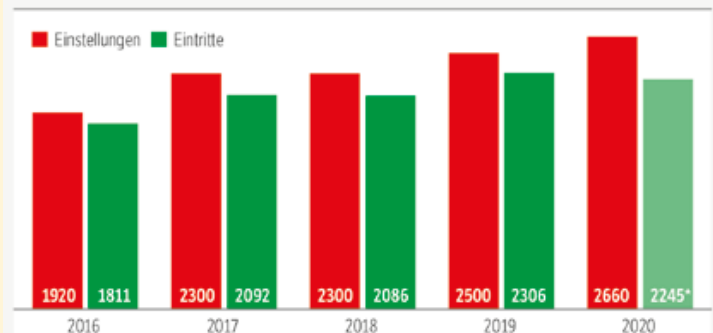
Für die GdP sind die rechtsextremen Posts ein ungeheurer, durch nichts zu rechtfertigender Vorfall. Wer sich aktiv an der Erstellung und Verbreitung dieser Bilder beteiligt hat, hat in der Polizei nichts zu suchen! Zugleich hat die GdP in den letzten Wochen aber auch darauf hingewiesen, dass auch Polizisten, die in den Verdacht geraten sind, sich falsch verhalten zu haben, ein Recht darauf haben, dass die gegen sie erhobenen Vorwürfe erst geprüft werden, bevor ein Urteil über sie gefällt wird.

Dass Innenminister Reul pauschal alle Mitglieder der Essener Chatgruppen öffentlich unter Rassismusverdacht gestellt hat, widerspricht diesem Anspruch auf ein faires

Verfahren. Die GdP hat deshalb Innenminister Reul aufgefordert, seine pauschale Vorverurteilung aller Chat-Mitglieder zu korrigieren. „So wichtig der Kampf gegen den Rechtsextremismus auch ist: Auch hier rechtfertigt der Zweck nicht die Mittel. Deshalb wäre es gut, wenn Reul seinen Fehler öffentlich richtig stellen würde“, hat GdP-Vorsitzender Michael Mertens gegenüber den Medien erklärt. „Das würde auch seine Glaubwürdigkeit erhöhen, wenn Reul zu Recht gezielt gegen diejenigen vorgeht, die in der Polizei nichts zu suchen haben, weil sie rechtsextremen Positionen nahestehen oder sie verbreitet haben.“ ■

Über 80 Prozent in der GdP

Von den 2660 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern, die am 1. September bzw. am Nachrücktermin 1. Oktober in NRW ihre Ausbildung zum Polizeikommissar begonnen haben, sind bis Anfang November bereits 2245 in die GdP eingetreten. Weil Leistung und Service stimmen.



* Eintritte bis 01.11.2020
Quelle: Gewerkschaft der Polizei





Tarifbeschäftigte: Anspruch auf Arbeitsplatzbeschreibung durchsetzen!

Die GdP hat sich in der Vergangenheit immer wieder dafür eingesetzt, dass alle Tarifbeschäftigten einen Anspruch auf eine aktuelle Arbeitsplatzbeschreibung erhalten. Denn nur so ist gewährleistet, dass die Beschäftigten entsprechend ihrer Tätigkeit bezahlt werden. Mit großem Erfolg: Im März 2018 wurde per Erlass die Verpflichtung der Behörden zur Erstellung einer Arbeitsplatzbeschreibung (Tätigkeitsdarstellung und -bewertung) für alle Tarifbeschäftigten geregelt. Sie ist nicht nur bei der Einstellung, sondern auch bei jeder Umsetzung oder Höhergruppierung von Beschäftigten zu fertigen.

In jeder Personalakte eines Tarifbeschäftigten muss sich deshalb immer eine aktuelle Arbeitsplatzbeschreibung befinden. Trotzdem sieht die Wirklichkeit in einigen Behörden noch immer anders aus. Dort

liegen bis heute gar keine oder nur veraltete Arbeitsplatzbeschreibungen vor. Die Folge: Tarifbeschäftigte, die eine Arbeitsplatzüberprüfung beantragen, warten mitunter jahrelang auf ihre endgültige Bewer-

tung. Dies liegt nicht immer an fehlender Kooperationsbereitschaft der Behörden, sondern oftmals an fehlenden personellen Ressourcen.

Die GdP hat deshalb das Innenministerium aufgefordert, in allen Behörden die Ausstattung der Abteilung ZA mit entsprechend geschultem Personal sicherzustellen. Denn schließlich sollten nicht nur die Tarifbeschäftigten und die Personalräte, sondern auch die Behördenleiter ein großes Interesse daran haben, dass in ihrem Arbeitsbereich für alle Tarifbeschäftigten aktuelle Arbeitsplatzbeschreibungen vorliegen. Fehlen sie, verliert die Behörde nicht nur an Attraktivität als Arbeitgeber, sondern ihr gehen auch finanzielle Mittel verloren, die sie sonst bekommen hätte. Denn die Eingruppierung, die sich aus der Arbeitsplatzbeschreibung der Tarifbeschäftigten ergibt, fließt unmittelbar in die Mittelzuweisung des Landes ein.

Zudem gilt auch im Tarifbereich: Gute Arbeit muss gut bezahlt werden! Die GdP wird das Thema Arbeitsplatzbeschreibung deshalb weiter auf der politischen Agenda halten! ■

Ohne ZA geht es nicht – Positionspapier für eine Attraktivitätsoffensive zur Diskussion gestellt

Eine neue Wache kann nur gebaut oder ausgestattet werden, wenn ZA 1 beteiligt ist. Damit Beförderungen ausgesprochen werden können, wirkt ZA 2 mit. Damit die Beschäftigten der Leitstelle unter 110 erreicht werden und einen Streifenwagen in den Einsatz schicken können, bedarf es der administrativen Vorbereitung durch ZA 3. Und es gibt keinen Großeinsatz ohne Unterstützung des PÄD. Trotzdem ist die GdP die einzige Gewerkschaft, die seit Jahren auch die Belange der Kolleginnen und Kollegen in der Direktion ZA mit in den Fokus genommen hat.

Jetzt will der Landesbezirk mit einem eigenen Positionspapier die Diskussion über bessere Arbeitsbedingungen und Aufstiegsmöglichkeiten in der Polizeiverwaltung noch weiter nach vorne bringen. Seit Mitte November liegt dazu ein vom Arbeitskreises ZA er-

arbeiteter Entwurf vor. Wesentliche Themen des Positionspapiers sind die Personalplanung, -gewinnung und -bindung in der Polizeiverwaltung. Zu allen Bereichen hat der Arbeitskreis ZA, den der Landesbezirk Anfang des Jahres eingesetzt hat, in den vergangenen Monaten konkrete Vorschläge erarbeitet.

„Wenn wir dem dauernden „Heldenklau“ durch andere Behörden des öffentlichen Dienstes etwas entgegensetzen wollen, müssen wir dringend neue Perspektiven für die Polizeiverwaltung entwickeln“, beschreibt die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jutta Jakobs die Zielsetzung des Positionspapiers. „Das muss von guten finanziellen Rahmenbedingungen bis zur Verbesserung der Work-Life-Balance gehen.“ Grundsätzlich ist die Polizei zwar auch im Verwaltungsbereich ein interessanter Arbeitgeber, im Wettbewerb

mit anderen öffentlichen Verwaltungen muss sie aber noch nachlegen, um dem wachsenden Konkurrenzdruck standhalten zu können.

Um die Forderungen des Arbeitskreises ZA auf eine breite Grundlage zu stellen, hat der Landesbezirk den Entwurf für das Positionspapier Mitte November auf den internen Mitgliederbereich der GdP-Homepage gestellt. Bis Ende Januar können sich dort alle interessierten GdP-Mitglieder mit eigenen Vorschlägen und Beiträgen an der Diskussion beteiligen. Dann soll das Positionspapier veröffentlicht werden.

www.gdp-nrw.de (GdP NRW, Arbeitskreise, AK Zentrale Aufgaben)
Kontakt: AKZA@gdp-nrw.de





2020 – Bilder und Ereignisse, die nachwirken

Das Jahr 2020 wurde vor allem durch die weltweite Corona-Pandemie geprägt, die weitreichende gesellschaftliche Einschränkungen und wirtschaftliche Einbrüche zur Folge hatte – und noch immer andauert. Aber es gab auch große politische Erfolge für die GdP. Ein Rückblick.

Leider Recht behalten: Zwei Jahre nach dem spektakulären Großeinsatz der Polizei zur Räumung des Hambacher Forstes entscheidet das Bundeskabinett am 15. Januar endgültig, dass die noch nicht der Braunkohle zum Opfer gefallenen Teile des Hambacher Forstes erhalten bleiben. Damit tritt genau das ein, was die GdP bereits 2018 in einer auch bundesweit viel beachteten Pressemitteilung unter dem Titel „Erst reden, dann roden“ vorausgesagt hatte: Dass Tausende von Polizisten in einen Großeinsatz geschickt werden, um die Baumbesetzer aus dem Hambacher Forst zu vertreiben, während die Politik bereits dessen Erhalt vorbereitet.

Neuer Auftritt: Die ersten neugestalteten Webseiten der Kreisgruppen gehen online. Damit wird das in die Jahre gekommene Homepage-System abgelöst und die ehrenamtliche GdP-Arbeit vor Ort gestärkt. Zudem erscheint die März-Ausgabe der Deutschen Polizei erstmals im neuen und modernen Design.

Schrecksekunde: Ein Herzinfarkt zwingt den GdP-Landesvorsitzenden Michael Mertens Anfang Februar zu einer Auszeit. Sein Stellvertreter Michael Maatz nimmt in den folgenden Monaten die Aufgaben des Vorsitzenden wahr. Im Juni kann Michael Mertens sein Amt als Vorsitzender wieder aufnehmen.

Starker Start: Mit viel Zuversicht und Optimismus startet der Landesbezirk im Februar den Wahlkampf für die Personalratswahl. Noch ahnt niemand, dass ein Virus das gesamte Jahr auf den Kopf stellen wird und der Wahltermin im Mai nicht gehalten werden kann.

Starkes Ergebnis: Nach einer Umfrage unter allen Mitgliedern in NRW sind 72 Prozent mit den Leistungen der GdP zufrieden oder sogar sehr zufrieden. 74 Prozent sagen, dass die GdP einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten leistet. 77 Prozent sagen, dass die GdP bei wichtigen Themen in der Polizei eine prägende Rolle spielt. Das sind sehr hohe Werte, um die uns viele andere Organisationen beneiden.

Unerwartete Bedrohung: Aufgrund der Corona-Pandemie entscheidet der Hauptwahlvorstand der Polizei Mitte März, die für den 5. - 8. Mai geplanten Personalratswahlen auf das kommende Jahr zu verschieben, gleichzeitig verlängert der Landtag die Amtsperiode der Personalräte bis 2021. Michael Maatz erklärt die Leitlinie der GdP in Corona-Zeiten: „Das ist die Stunde der Solidarität, nicht der Polizei.“

Überfällige Entscheidung: Im Schatten der Corona-Krise greift Innenminister Reul eine langjährige GdP-Forderung auf und kündigt die Einführung von Langzeitkonten auf freiwilliger Basis an. Eine Arbeitsgruppe soll Details ausarbeiten. Im August konkretisiert Innenminister Herbert Reul die Einführung der Langzeitkonten und kündigt die zeitnahe Einführung an, die jedoch bis Anfang 2021 auf sich warten lässt.

Zusätzliches Einsatzmittel: Das Innenministerium kündigt für Januar 2021 einen Taser-Pilotversuch an, um die Praxistauglichkeit des Distanz-Elektroimpulsgerätes für den Polizeialltag zu prüfen. Mit dem zwölf Monate dauernden Pilotprojekt soll eine Entscheidung des Innenministeriums vorbereitet werden, ob und in welchem Umfang der Taser ab 2022 auch in NRW als Einsatzmittel für den Wach- und Wechseldienst eingeführt wird.

Schwerwiegender Vorwurf: Nach dem gewaltsamen Tod des Afro-Amerikaners George Floyd, verursacht durch einen weißen Polizisten in den USA, wird nun von deutschen Politikern und Medien der Vorwurf erhoben, auch in der Bundesrepublik gebe es bei der Poli-



zei ein Rassismus-Problem. Dem tritt die GdP entschieden entgegen und fordert von der Politik mehr Ehrlichkeit: „Dass der Einsatz von Polizisten kritisch begleitet wird, ist in Ordnung. Dass Polizisten vorverurteilt werden, nicht“, erklärt Michael Mertens gegenüber den Medien.

Unerträglicher Verdacht: In einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz informiert Reul Mitte September über die Existenz rechtsradikaler Postings im Polizeipräsidium Essen. Bei einigen Chatmitgliedern seien die Vorwürfe so schwerwiegend, dass die Beamten aus dem Dienst entfernt werden müssten. Michael Maatz erklärt unmittelbar danach, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus zur DNA der Polizei gehört. Anfang Oktober gibt es 104 rechtsextreme Verdachtsfälle in der Polizei NRW. Später hebt das Düsseldorferverwaltungsgericht das Dienstverbot für eine Polizeibeamtin auf, das LAFP folgt mit der Aufhebung acht weiterer Dienstverbote.

Unzureichende Finanzausstattung: Laut Haushaltsentwurf steigen im nächsten Jahr in NRW die Ausgaben für die Polizei um 1,42 Prozent auf ca. 3,69 Milliarden Euro. Das ist erst einmal gut. Aber auch damit bleibt die Polizei mit einem Anteil von gerade einmal 4,5 Prozent an allen Ausgaben des Landes nach wie vor unterfinanziert. ■



DREI FRAGEN AN ...

Olaf Kröck, Intendant der Ruhrfestspiele

Herr Kröck, unter dem Motto „Macht und Mitgefühl“ sollten die Ruhrfestspiele stattfinden. Die Corona-Pandemie hat Ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wie planen Sie jetzt für das Jubiläumsjahr?

„Wir planen eine Ruhrfestspiel-Saison 2021. Aber natürlich unter veränderten Bedingungen. Wir gehen davon aus, dass auch im kommenden Mai und Juni Auflagen zur Eindämmung der Pandemie gelten werden. Aber die letzten Monate haben ja durchaus gezeigt, dass sich die Theater hierzulande sehr gut auf Hygienemaßnahmen einlassen und sie umsetzen können und dennoch Theateratmosphäre entsteht. Natürlich werden wir sehr viel weniger Plätze anbieten können, aber wir werden Festspiele haben.“

Wie wirken sich die finanziellen Ausfälle auf die Schauspieler und Beschäftigten der Ruhrfestspiele aus?

„Die Absage der Ruhrfestspiele in diesem Jahr war eine sehr schwierige Entscheidung. Denn wir hatten nicht nur schon sehr viele Karten verkauft, die Festspiele waren ja weitgehend durchgeplant. Das heißt, wir hatten schon alle Künstlerinnen, Künstler und Ensembles verbindlich eingeladen und in den meisten Fällen auch Verträge geschlossen. In anderen Zusammenhängen mag man denken, dass man die Rechnung erst bezahlen muss, wenn die Arbeit geleistet wurde. Und da keine Festspiele stattgefunden haben, braucht man auch die Verträge nicht zu vergüten. Aber das geht in der Kunst nicht. Der Auftritt, die Vorstellung, das ist nur ein kleiner Moment im kreativen Prozess. Künstlerinnen und Künstler müssen das ganze Jahr über trainieren, proben, entwickeln. Das sind alles Arbeitsleistungen, die mit der Aufführung vergütet werden. Auch ohne Vorstellung ist diese (Vor-)Arbeit geleistet worden. Darum ist eine weltweite Absage aller Auftritte eine Katastrophe. Die Corona-Pandemie zerstört wirklich weltweit Strukturen der Kultur und der Kunst. Für uns war es daher unbedingt notwendig, vor allem die Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen, die nicht in einer staatlich geförderten Institution beschäftigt sind. Wir haben Ausfallhonorare gezahlt, um wenigstens unsererseits den

Schaden zu minimieren. Dank der großzügigen Unterstützung unser Geldgeber (u.a. des DGB) und vieler privaten Spenden, war das auch möglich. Und trotzdem stehen die Ruhrfestspiele selbst finanziell gut dar.“

Kann die Pandemie auch eine Chance für das moderne Theater sein, um neue Ideen und Konzepte umsetzen zu können?

„Zum Teil ja. Aber in einigen entscheidenden Punkten auch nicht: Tatsächlich haben auch wir im Theater von dem großen Digitalisierungsschub profitiert. Wir konnten ohne nennenswerte Einschränkungen auch weiterhin international über Videokonferenzen kommunizieren. Tatsächlich nutzten wir diese Möglichkeiten auch nach dem ersten Lockdown weiter und haben so kostbare Reisezeit gespart. Ökologischer war und ist es ganz nebenbei auch. Und auch im Bereich Streaming haben wir schöne Kunstmomente erlebt und kennengelernt. Aber Streaming hat auch die Haltung verstärkt, dass Kunst im Internet irgendwie kostenlos sein muss. Das hat der ökonomischen Situation, der ohnehin schon hart getroffenen Kolleginnen und Kollegen letztlich selten geholfen. Vor allem ist aber gerade das Theater eine Kunstform der Begegnung. Theater ist live, Theater heißt Austausch mit Menschen am selben Ort. Und das hat die Pandemie verhindert. Theater kann ohne Probleme räumliche Distanz vertragen, aber es braucht soziale Nähe. Und die werden wir hoffentlich im nächsten Jahr bei den Ruhrfestspielen wieder erleben.“ ■



Foto: Hans-Jürgen/Ruhrfestspiele



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 2.12. Annemarie Klostermann, Bochum
- 3.12. Erwin Mohns, Unna
- 4.12. Wilma Bodammer, Duisburg
- 13.12. Hildegard Pelzer, Selfkant
- 15.12. Helmut Poschadel, Dortmund
- 17.12. Gertrud Ritschel, Bergisch Gladbach
- 24.12. Edmund Larsen, Wiehl

91. Geburtstag

- 6.12. Anneliese Heller, Herne
- 7.12. Ernst Lange, Gelsenkirchen
- 21.12. Ferdinand Herick, Bochum
Wilhelm Scholz, Essen
- 23.12. Johannes Jeschinowski, Falkensee
- 26.12. Günter Kohnenmergen, Düsseldorf

92. Geburtstag

- 5.12. Gottfried Hayn, Bergheim
- 11.12. Therese Pütz, Vettweiß
- 16.12. Otto Eichwald, Lüdinghausen

Anzeige

93. Geburtstag

- 3.12. Annelies Hoffknecht, Salzkotten
- 4.12. Ruth Klostermann, Köln
- 20.12. Hans Klingebiel, Dorsten

94. Geburtstag

- 20.12. Hans-Gerd Hönscheid, Wuppertal
- 22.12. Johanna Lempka, Münster

95. Geburtstag

- 4.12. Günter Kern, Erfstadt
- 24.12. Anne-Margret Pape, Bielefeld

31.12. Helga Klein, Bochum

96. Geburtstag

29.12. Hermann Hanisch, Krefeld

99. Geburtstag

20.12. Johann Ludwig, Düsseldorf

**Der Geschäftsführende Landesbezirks-
vorstand wünscht allen Jubilaren alles
Gute und recht viel Gesundheit.**

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Lukas Maaßen
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de
**Redaktionsschluss der
nächsten Ausgabe ist der
2. Dezember.**

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA

Der richtige Ort,
um **gesund** zu werden!



linik wersbach

Klinik für Psychosomatik,
Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele
Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner



Deutsche
Sporthochschule Köln
German Sport University Cologne



Wir sind für Sie da!

Tel.: (0 21 74) 398-0
www.klinik-wersbach.de



Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de

Ihr GdP Reiseservice
wünscht Ihnen und Ihren Familien
ein schönes Weihnachtsfest
und ein gesundes Jahr 2021.
Wir stehen Ihnen auch im neuen
Jahr zur Planung Ihrer Traumreise
zur Verfügung und freuen uns
auf Ihren Anruf.



Unsere Hotline:
0211/29101 - 60
www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Dezember
erhalten einen Douglas-Gutschein
im Wert von 35 Euro.

45 8249, BZ Erich Klausener
45 87850, Mettmann
45 95798, Höxter

Seminarprogramm 2021: Anmeldung ab sofort möglich!

Zwar ist die Corona-Pandemie nicht vorüber, dennoch freuen wir uns auf das neue Fortbildungsjahr 2021 und hoffen, dass die bei unseren Mitgliedern beliebten Präsenz-Seminare bald wieder stattfinden können.

Ob Zukunftsthemen, Gewerkschaftspolitik oder fachliches Know-how, wir bieten unseren Mitgliedern im kommenden Jahr

rund 60 Seminare an, damit sie stets informiert bleiben. Mehr Fach- und Methodenwissen, praktische Gewerkschaftsarbeit und Personalvertretung – das Weiterbildungsangebot der GdP NRW knüpft eng an die täglichen Anforderungen im beruflichen und gewerkschaftspolitischen Alltag an. Von „Brennpunkt Kriminalität“,

„Grundlagen für Vertrauensleute“ oder „Social-Media-Training“ bis hin zu „Rechtsextrémismus und Rechtspopulismus“ ist das Angebot für unsere Mitglieder groß. Und natürlich wird auch in 2021 das Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ für Pension und Rente angeboten.

Das vollständige Seminarprogramm ist auch online auf www.gdp-nrw.de abrufbar. Anmeldungen sind ab sofort unter bildung@gdp-nrw.de möglich. ■

Wegen seiner Detailkenntnisse war Herbert Uebler im Innenministerium gefürchtet



Minden in die Landeshauptstadt Düsseldorf angelesen hatte, als harter Verhandlungspartner gefürchtet. Wenn es um die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen bei der Polizei ging, war Herbert Uebler alles andere als pflegeleicht. Ziele, die er für wichtig hielt, verfolgte er mit großer Nachhaltigkeit und mit großem Erfolg. Dazu gehörte auch die Durchsetzung des seinerzeit nicht unumstrittenen Dezentralen Schichtdienstmanagements (DSM) bei der Polizei.

Dass Herbert Uebler, der viele Jahre auch stellvertretender Landesvorsitzender der GdP war, einmal einer der wichtigsten Gegenspieler des damaligen Innenministers Ingo Wolf (FDP) werden sollte, war am Anfang seines Berufswegs nicht absehbar. Erst mit 22 Jahren ist Herbert Uebler im Oktober 1970 zur Polizei gekommen. Vorher war er vier Jahre lang bei der Bundeswehr. Seine

Arbeit bei der Polizei hat Herbert Uebler in der damals noch üblichen Laufbahngruppe A 5 begonnen. Nach zahlreichen Beförderungen wurde er 1994 zum Ersten Polizeihauptkommissar ernannt.

Herbert Uebler ist am 28. Oktober nach langer Krankheit verstorben. ■

GdP aktiv

16.12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13:00 Uhr, als Videokonferenz. Info und Anmeldung: anmeldung@gdpmk.de (bitte angeben: Namen, E-Mail und Telefon), **Am 14.12.**, 16:00 Uhr, besteht die Möglichkeit, den Zugang zu testen und Hilfe über eine Hotline einzuholen: 02371 91998801

Nachrufe

Franz Thiel	07.01.1934	Aachen	Harald Volwaßen	17.08.1930	Düsseldorf
Hannelore Fischer	17.07.1928	Bergisches Land	Lothar Bogdahn	30.07.1938	Euskirchen
Ehrenfried Scholz	22.10.1943	Bielefeld	Walter Funke	15.05.1939	Gelsenkirchen
Norbert Schwarz	16.06.1951	Bochum	Gertrud Ringhof	28.08.1927	Köln
Margaretha Metzgi	04.04.1931	Dortmund	Rolf Karriesmeier	06.08.1940	Mettmann
Ursula Scheibel	24.05.1930	Dortmund	Erika Preuß	28.06.1932	Minden-Lübbecke
Manfred Heinrichs	01.01.1941	Düren	Herbert Uebler	26.01.1949	Minden-Lübbecke
Ludwig Heß	14.07.1937	Düren	Ilse Bazant	10.11.1926	Oberhausen
Erich Paeßens	28.10.1931	Düsseldorf	Stefan Heiermeyer	10.03.1965	Paderborn
Bernd Schulze	09.04.1944	Düsseldorf	Joachim Radike	13.12.1939	Rhein-Erft-Kreis
Sandra Christina Sendt	03.01.1974	Düsseldorf			